

Sessionsvorschau Frühjahrsession 2020 – Netzwerk Kinderrechte

In der Frühjahrsession sind zahlreiche Vorstösse traktandiert, die die Kinderrechte betreffen:

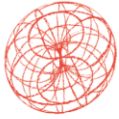
Im **Ständerat** ist die Motion Noser «[Ombudsstelle für Kinderrechte](#)» traktandiert. Damit wird der Bundesrat aufgefordert, dem Parlament die Rechtsgrundlagen für eine Ombudsstelle für Kinderrechte vorzulegen. Die Ombudsstelle soll Kinder bezüglich ihrer Rechte beraten und so für das Kind den Zugang zur Justiz sicherstellen. Ferner soll die Ombudsstelle zwischen dem Kind und staatlichen Stellen vermitteln und Empfehlungen aussprechen können. Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz unterstützt diesen Vorstoss (mehr dazu im Webbeitrag vom 3. September 2019). Ebenfalls um Kinderrechte geht es beim Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Mit der geänderten Gesetzesvorlage soll die Polizei zusätzliche Instrumente für den Umgang mit terroristischen Gefährdern bekommen, darunter auch Massnahmen, die gegen Kinder verhängt werden können. So kann die Polizei den präventiven Hausarrest gegen Jugendliche ab 15 Jahren und das Kontakt- und Rayonverbot gar gegenüber Kindern im Alter von 12 Jahren anordnen. Schliesslich behandelt der Ständerat ein Postulat von Peter Hegglin, das einen Bericht zur [Koordination der verschiedenen Förderinstrumente des Bundes im Bereich der Kinder- und Jugendförderung](#) verlangt.

Im **Nationalrat** steht die Behandlung der Volksinitiative «[Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt \(Konzernverantwortungsinitiative KOVI\)](#)» auf dem Programm. Ziel ist die Verankerung einer Sorgfaltsprüfungspflicht in der Schweizer Verfassung, damit Schweizer Konzerne gesetzlich verpflichtet sind, Kinder- und Menschenrechte sowie die Umwelt weltweit zu respektieren. Der Bundesrat beantragt dem Parlament, die Initiative ohne Gegenentwurf und ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Der Nationalrat hat sich für einen Gegenvorschlag ausgesprochen, der Ständerat dagegen.

Weiter ist eine Standesinitiative aus dem Kanton Genf traktandiert, die ein [Verbot der Administrativhaft für Kinder](#) fordert. Die Staatspolitischen Kommissionen beider Räte haben sich bisher gegen ein absolutes Verbot ausgesprochen. Schliesslich verlangt Nationalrätin Yvonne Feri in einem Postulat einen [Bericht zu der kantonalen Praxis von Kinderschutzmassnahmen und dem Widerruf von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen](#) gemäss dem Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG).

Die SVP greift mit ihrer Motion «[Für eine kohärente Praxis bei illegalen Einwanderern \(Sans-Papiers\)](#)» das Kernthema der zurückgezogenen Motion der SGK (18.3005) auf. Die Motion will die Rechtsansprüche von Sans-Papiers auf und aus Sozialversicherungen beschränken, Strafen für Arbeitgeber und Vermieter von Sans-Papiers erhöhen und den Datenaustausch zwischen staatlichen Stellen erleichtern. Insbesondere letzter Punkt tangiert ein zentrales kinderrechtliches Anliegen: Die Motion verlangt, dass Schulen künftig ihre Daten an Migrationsbehörden weitergeben. Damit besteht die Gefahr, dass viele Sans-Papiers-Familien aus Angst vor Entdeckung und Ausschaffung ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken.

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abruf-bar: [Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



Sessionswoche 1

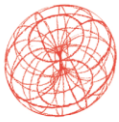
Nationalrat

Montag 02.03.2020	Dienstag 03.03.2020	Mittwoch 04.03.2020	Donnerstag 05.03.2020	Freitag 06.03.2020
	Gleichlautende Motionen Munz Martina Wasserfallen Christian Gmür-Schönenberger Andrea Kälin Irène	Geschäft des Bundesrates	Postulat Feri Yvonne	
	Finanzüberschüsse in die Bil- ev. IVG. Änderung (Weiterentwicklung investieren!) 18.3189, 18.3190, 18.3191, 18.3192	ev. IVG. Änderung (Weiterentwicklung der IV) 17.022	Notwendige Kindesschutzmassnahmen bei Ausländerinnen und Ausländern 18.3121	
		Geschäft des Bundesrates	Motion Fraktion SVP	
		Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt. Volksinitiative. 17.060	Für eine kohärente Praxis bei illegalen Einwanderern (Sans-Papiers) 18.3421	

Sessionswoche 1

Ständerat

Montag 02.03.2020	Dienstag 03.03.2020	Mittwoch 04.03.2020	Donnerstag 05.03.2020	Freitag 06.03.2020
Geschäft des Bundesrates		Motion Regazzi Fabio		
IVG. Änderung (Weiterentwicklung der IV) 17.022		Pädophilen soll der Pass entzogen werden 17.3375		
Geschäft des Bundesrates		Parlamentarische Initiative Comte Raphaël		
Erwerbsersatzgesetz. Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen 18.092		Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen. Fristverlängerung 19.471		

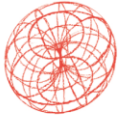


Sessionswoche 2 **Nationalrat**

Montag 09.03.2020	Dienstag 10.03.2020	Mittwoch 11.03.2020	Donnerstag 12.03.2020	Freitag 13.03.2020
		Parlamentarische Initiative Comte Raphaël Opfer fürsorglicher Zwangs- massnahmen. Fristverlängerung Schweiz	Motion	
		19.471	18.4141	
		Geschäft des Bundesrates	Motion Quadranti Rosmarie Für verantwortungsvolle Unter- nehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt. Volksinitiative.	Schaffung der nationalen Menschenrechtsinstitution und Übergangslösung unter Beibehaltung des Status quo mit dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte
		17.060	19.3610	

Sessionswoche 2 **Ständerat**

Montag 09.03.2020	Dienstag 10.03.2020	Mittwoch 11.03.2020	Donnerstag 12.03.2020	Freitag 13.03.2020
Geschäft des Bundesrates	Motion Quadranti Rosmarie ev. Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt. Volksinitiative.	Statistische Erfassung von "hate crimes" aufgrund von sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck oder Geschlechtsmerkmalen	Motion Noser Ruedi Ombudsstelle für Kinderrechte	
17.060	17.3667		19.3633	
Geschäft des Bundesrates	Motion Müller Damian Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz.	Assistenzhunde auch für kranke Kinder und Jugendliche		
19.032	19.4404			
	Postulat Hegglin Peter Koord. der Förderinstrumente des Bundes in der Kinder- und Jugendförderung			
	19.4559			



Sessionswoche 3

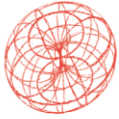
Nationalrat

Montag 16.03.2020	Dienstag 17.03.2020	Mittwoch 18.03.2020	Donnerstag 19.03.2020	Freitag 20.03.2020
Motion Heim Bea Bevölkerungsschutz. Sichere Versorgung der Schweiz mit Impfstoffen 18.3058	Geschäft des Bundesrates Ev. Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt. Volksinitiative. 17.060			Standesinitiative Kanton Genf Stopp der Administrativhaft für Kinder! 18.321
Postulat Fehlmann Rielle Laurence Werbung und Adipositas. Wie effizient sind die Selbstregulierungsmassnahmen? 19.3554	Parlamentarische Initiative Fraktion GLP Ehe für alle 13.468			
Motion WBK-SR Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz 19.3953				
Motion Barrile Angelo Medizinische Leistungen für alle Kinder! 19.4290				

Sessionswoche 3

Ständerat

Montag 16.03.2020	Dienstag 17.03.2020	Mittwoch 18.03.2020	Donnerstag 19.03.2020	Freitag 20.03.2020
Geschäft des Bundesrates Internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Bundesgesetz. Totalrevision 19.072		Parlamentarische Initiative Müller Philipp Familiennachzug. Gleiche Regelung für Schutzbedürftige wie für vorläufig Aufgenommene 16.403		



Übersicht über die relevanten Geschäfte der Frühjahrsession 2020

Geschäft des Bundesrates

17.022

IVG. Änderung (Weiterentwicklung der IV)

Im Zentrum der «Weiterentwicklung der Invalidenversicherung» für Kinder und Jugendliche sowie Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen steht gemäss Bundesrat eine intensivere Begleitung der Betroffenen. Kinderrechtlich relevant sind v.a. folgende Punkte:

Kindern und Jugendlichen finanziert die IV die medizinischen Behandlungen von bestimmten Geburtsgebrechen. Künftig will die IV die Kinder und ihre Familien enger begleiten. Die medizinischen Behandlungen werden verstärkt mit anderen Leistungen der IV koordiniert; die Kosten werden intensiver kontrolliert. Die Geburtsgebrechen-Liste wird überarbeitet. Die Behandlung einzelner Krankheiten soll dagegen künftig die Krankenversicherung übernehmen.

Der Nationalrat hat in neuer Zusammensetzung seinen früheren Entscheid mit 134 zu 51 Stimmen bei 5 Enthaltungen umgestossen, die Kinderrenten von 40 auf 30 Prozent einer IV-Rente zu senken und folgt damit dem Ständerat. Hingegen hielt der Nationalrat daran fest, die Kinderrenten umzutauften und macht dazu den neuen Vorschlag «Zusatzrente für Eltern». Mit dieser letzten Differenz geht das Geschäft zurück an den Ständerat.

Traktandiert im Ständerat (02.03.2020, falls weiterhin Differenzen zum Nationalrat bestehen wird es im Nationalrat am 04.03.2020 behandelt)

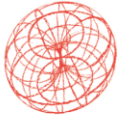
Geschäft des Bundesrates

17.060

Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt. Volksinitiative

Die Initiative verlangt, dass Unternehmen mit Sitz, Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung in der Schweiz verpflichtet werden, regelmässig eine Sorgfaltsprüfung zu den Auswirkungen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auf Menschenrechte und Umwelt durchzuführen. Über das Ergebnis dieser Prüfung sollen sie Bericht erstatten. Verletzt ein Schweizer Unternehmen Menschenrechte oder Umweltstandards, so soll es für den Schaden aufkommen, auch wenn dieser durch eine Tochtergesellschaft im Ausland verursacht worden ist. Der Bundesrat anerkennt zwar das Anliegen, will aber einen anderen Weg gehen und setzt auf ein international abgestimmtes Vorgehen und verweist auf bereits existierende Instrumente. Er beantragt dem Parlament daher, die Initiative ohne Gegenentwurf und ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Der Nationalrat hat sich für einen Gegenvorschlag ausgesprochen, der Ständerat hat sich jedoch dagegen entschieden. Während der Session werden die vorhandenen Differenzen bereinigt werden müssen.

Traktandiert im Nationalrat (04.03.2020 und 11.03.2020) und ev. Ständerat (09.03.2020)



Geschäft des Bundesrates

18.092

Erwerbsersatzgesetz. Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen

Mütter, deren Kinder direkt nach der Geburt mehr als drei Wochen im Spital verbleiben müssen, sollen länger Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung haben. Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz verabschiedet. Damit erfüllt er einen Auftrag des Parlaments. Das Erwerbsersatzgesetz (EOG) sieht bereits heute vor, dass der Anspruch auf die Mutterschaftsentschädigung aufgeschoben werden kann, wenn das Neugeborene direkt nach der Geburt länger als drei Wochen im Spital bleiben muss. Allerdings sieht das EOG für die Dauer des Spitalaufenthalts des Neugeborenen keinen Erwerbsersatz für die Mutter vor und auch die Maximaldauer des Aufschubs ist nicht geregelt.

Die Kommission für Sicherheit und Gesundheit des Ständerates hat die Vorlage des Bundesrates angenommen.

a

Traktandiert im Ständerat (02.03.2020)

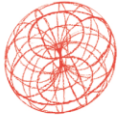
Geschäft des Bundesrates

19.032

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz

Durch die Gesetzesvorlage soll die Polizei zusätzliche Instrumente für den Umgang mit terroristischen Gefährdern bekommen. Darunter fallen auch polizeilich-präventive Massnahmen, die auch gegen Kinder verhängt werden können. So kann die Polizei den präventiven Hausarrest gegen Jugendliche ab 15 Jahren und das Kontakt- und Rayonverbot gar gegenüber Kindern im Alter von 12 Jahren anordnen. Das Geschäft wurde in der Wintersession vom Ständerat an die vorberatende Sicherheitspolitische Kommission zurückgewiesen sowie zusätzlich auch in der Rechtskommission traktandiert.

Traktandiert im Ständerat (09.03.2020)



Geschäft des Bundesrates

19.072

Internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Bundesgesetz. Totalrevision

Der Bundesrat beantragt dem Parlament eine Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Das neue Gesetz erweitert den Handlungsspielraum und sichert die Grundlage, um die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung auch in Zukunft wirksam fördern zu können. Das totalrevidierte Bundesgesetz bildet eine gleichwertige Rechtsgrundlage sowohl für eine Assoziierung an EU-Bildungsprogramme als auch für die Umsetzung eigener Schweizer Förderprogramme.

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates stimmt der Vorlage zu.

Traktandiert im Ständerat (16.03.2020)

Parlamentarische Initiative Fraktion GLP

13.468

Ehe für alle

Die parlamentarische Initiative fordert den Gesetzgeber auf, alle rechtlich geregelten Lebensgemeinschaften für alle Paare zu öffnen, ungeachtet ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung. Auch gleichgeschlechtliche Paare sollten heiraten können, und ungleichgeschlechtliche Paare sollten (wie in Frankreich) eine eingetragene Partnerschaft begründen können. Der vorgeschlagene Artikel 14 Absatz 2 der Bundesverfassung hält dies fest.

Der Bundesrat will die heutige Ungleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Paare beseitigen. Er unterstützt deshalb die Vorlage, welche die Rechtskommission des Nationalrats (RK-N) aufgrund dieser parlamentarischen Initiative ausgearbeitet hat.

Traktandiert im Nationalrat (17.03.2020)

Parlamentarische Initiative Müller Philipp

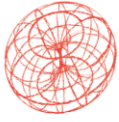
16.403

Familiennachzug. Gleiche Regelung für Schutzbedürftige wie für vorläufig Aufgenommene

Die rechtlichen Grundlagen sind so zu ändern, dass der Familiennachzug von Schutzbedürftigen gemäss Artikel 4 des Asylgesetzes (AsylG) gleich geregelt wird wie bei vorläufig aufgenommenen Personen. Ein Hinderungsgrund, diesen Status unbürokratisch anwenden zu können, ist der umfangreiche Familiennachzug, welcher in jedem Fall zugestanden würde (siehe Stellungnahme des Bundesrates auf die Motion 15.3801). Daher erleichtert eine Angleichung der Regelung zum Familiennachzug für Schutzbedürftige an die Regelung bei vorläufig Aufgenommenen die Anwendung des S-Status. Durch diese Änderung würde keinem Asylsuchenden sein Recht auf Familiennachzug eingeschränkt.

Die Staatspolitischen Kommissionen beider Räte haben der Initiative zugestimmt.

Traktandiert im Ständerat (18.03.2020)



Parlamentarische Initiative Comte Raphaël

19.471

Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen. Fristverlängerung

Das Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 soll dahingehend geändert werden, dass die Frist für die Einreichung der Gesuche verlängert wird.

Dank dem Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 konnten zahlreiche Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen entschädigt werden. Auch wenn die vom Gesetz vorgesehenen Beträge eher von symbolischem Wert sind, bilden diese Entschädigungen doch ein wichtiges Element in der Anerkennung des Unrechts, das den von solchen Massnahmen Betroffenen zugefügt worden ist. Eine zusätzliche Frist wäre ein Akt der Menschlichkeit und würde vom Respekt gegenüber den Opfern fürsorglicher Zwangsmassnahmen zeugen. Sie erlaubte es, Personen zu entschädigen, denen es das erlittene Leid bisher schwer bis unmöglich gemacht hat, sich an die ursprüngliche Frist zu halten.

Die Kommissionen für Rechtsfragen beider Räte haben der Initiative zugestimmt.

Traktandiert im Ständerat (04.03.2020) und im Nationalrat (11.03.2020)

Motion Regazzi Fabio

17.3375

Pädophilen soll der Pass entzogen werden

Der Bundesrat wird beauftragt, die erforderlichen gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen, damit den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern, die wegen Pädophilie verurteilt sind (insbesondere Art. 187 des Strafgesetzbuches), der Pass entzogen wird, um zu verhindern, dass sie ins Ausland reisen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Der Nationalrat stimmte der Vorlage bereits zu.

Traktandiert im Ständerat (04.03.2020)

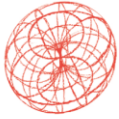
Motion Quadranti Rosmarie

17.3667

Statistische Erfassung von "hate crimes" aufgrund von sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck oder Geschlechtsmerkmalen

Durch die Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, "hate crimes" gegenüber dem im Titel erwähnten Personenkreis statistisch zu erfassen. Die Erhebung dieser Daten ist notwendig, um zu sehen, ob es in der Schweiz diesbezüglich tatsächlich ein Problem gibt. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. Er argumentiert, dass eine effiziente, einheitliche und für alle Kantone verbindliche Datenerfassung in der PKS im Zusammenhang mit "hate crimes" aufgrund sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck oder Geschlechtsmerkmalen schwierig bleibt und umfangreiche Investitionen nötig sein dürften, um dieses Ziel zu erreichen. Der Nationalrat hat die Motion bereits angenommen.

Traktandiert im Ständerat (10.03.2020)



Motion Heim Bea

18.3058

Bevölkerungsschutz. Sichere Versorgung der Schweiz mit Impfstoffen

Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu prüfen, vorzuschlagen und umzusetzen, um die nötige Impfstoffversorgung der Schweiz möglichst bald sowie auch auf längere Sicht sicherzustellen. Dabei sind namentlich folgende Vorschläge von Expertinnen und Experten zu prüfen und dem Parlament allfällig notwendige gesetzliche Anpassungen zu unterbreiten:

1. Anreize schaffen, damit Unternehmen vermehrt die Zulassung in der Schweiz beantragen;
2. zentraler Einkauf von Impfstoffen mit mehrjährigen Lieferverträgen und garantierten Mengen;
3. Impfstofffirmen animieren, in der Schweiz zu produzieren;
4. erleichterte und rasche Zulassung für Impfstoffe der EMA-Liste.

Der Bundesrat beantragt die Annahme von Ziffer 2 und die Ablehnung der Ziffern 1, 3 und 4 der Motion.

Traktandiert im Nationalrat (16.03.2020)

Motion Munz Martina

18.3189

Motion Wasserfallen Christian

18.3190

Motion Gmür-Schönenberger Andrea

18.3191

Motion Kälin Irène

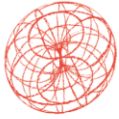
18.3192

Finanzüberschüsse in die Bildung investieren! (gleichlautende Motionen)

Der Bundesrat wird beauftragt, die mit der BFI-Botschaft 2017-2020 verabschiedeten Finanzbeschlüsse in der vollen Höhe und ohne Kürzungen umzusetzen. Die Finanzbeschlüsse der BFI-Botschaft 2017-2020 sollen in den kommenden Budgetdebatten keinen Kürzungen unterworfen und die vorgenommenen Kürzungen der Vorjahre ausfinanziert werden. Im Vergleich zum Überschuss handelt es sich dabei um vergleichsweise tiefe Beträge. Bildung ist ein zentrales Gut, und Kürzungen in diesem Bereich haben negative soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Auswirkungen mit hohen Folgekosten z. B. bei der Sozialhilfe.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der vier gleichlautenden Motionen.

Traktandiert im Nationalrat (03.03.2020)



Motion Fraktion SVP

18.3421

Für eine kohärente Praxis bei illegalen Einwanderern (Sans-Papiers)

Der Bundesrat wird beauftragt, im Sinne einer kohärenten Praxis bei illegalen Einwanderern (Sans-Papiers), Massnahmen und Gesetzesanpassungen namentlich in folgenden Bereichen vorzuschlagen:

1. Rechtsansprüche auf und aus Sozialversicherungen (namentlich AHV und Krankenversicherung) sind auf Personen mit geregelter Aufenthaltsstatus zu beschränken. Vorbehalten bleiben Sozialversicherungsabkommen.
2. Verschärfung der Strafnormen für Arbeitgeber von illegalen Einwanderern, deren Arbeitsvermittler und Vermieter von Mietobjekten.
3. Sicherstellung des Datenaustausches zwischen staatlichen Stellen betreffend Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus (bspw. für Schulbesuche und individuelle Förderung).

Die Motion greift das Kernanliegen der zurückgezogenen Motion der SGK-NR [18.3005](#) auf.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion und will zuerst die Berichte im Zusammenhang mit dem überwiesenen Postulat 18.3381 "[Gesamthafte Prüfung der Problematik der Sans-Papiers](#)" abwarten.

Traktandiert im Nationalrat (05.03.2020)

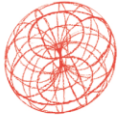
Motion Fraktion SVP

18.4141

Uno-Flüchtlingspakt. Rückzug der Schweiz

Der Bundesrat wird beauftragt, sich aus dem Prozess des Uno-Flüchtlingspakts zurückzuziehen und davon zu distanzieren. Der Uno-Migrationspakt ist insgesamt sehr relevant für die Sicherung der Kinderrechte, weil sich die Staaten damit spezifisch für die Unterstützung und den Schutz von Migrantenkindern verpflichten. Eine Nicht-Unterzeichnung des Migrationspaktes wäre deshalb eine verpasste Möglichkeit, die Kinderrechte in der Schweiz zu stärken. Für die Schweiz würde eine Unterzeichnung des Paktes aus kinderrechtlicher Sicht vor allem Handlungsbedarf in Sachen administrativhaft für Minderjährige aufgrund ihrer Aufenthaltsstatus ergeben. Beide Räte haben 2018 bereits Vorstösse abgelehnt, die eine Nicht-Unterzeichnung des Paktes gefordert haben. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Traktandiert im Nationalrat (12.03.2020)



Motion Quadranti Rosmarie

19.3610

Schaffung der nationalen Menschenrechtsinstitution und Übergangslösung unter Beibehaltung des Status quo mit dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte

Der Bundesrat wird beauftragt, 1. die Gesetzesvorlage zur Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution (NMRI) dem Parlament rasch zu unterbreiten und 2. sicherzustellen, dass das seit neun Jahren bestehende Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) seine Arbeit fortführen kann, bis das NMRI-Gesetz in Kraft tritt.

Der Bundesrat empfiehlt die Annahme der Motion.

Traktandiert im Nationalrat (12.03.2020)

Motion Noser Ruedi

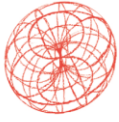
19.3633

Ombudsstelle für Kinderrechte

Durch die Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, dem Parlament die Rechtsgrundlagen für eine Ombudsstelle für Kinderrechte zur Beratung vorzulegen. Diese müssen die notwendigen Kompetenzen bezüglich Informationsaustausch mit Behörden und Gerichten mit einem Auskunftsrecht schaffen und die Finanzierung sicherstellen. Die Ombudsstelle muss von der Verwaltung unabhängig und allen Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre aus der ganzen Schweiz sowie ihnen nahestehenden Personen niederschwellig zugänglich sein. Sie muss Kinder bezüglich ihrer Rechte informieren und beraten und so für das Kind den Zugang zur Justiz sicherstellen. Wenn nötig, soll die Ombudsstelle zwischen dem Kind und staatlichen Stellen vermitteln und Empfehlungen aussprechen können. Kinder und Jugendliche mit Fragen, die nicht rechtlicher Natur oder bereits abgedeckt sind, soll die Ombudsstelle an die bereits vorhandenen Angebote verweisen.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. Der Bundesrat erachtet die Koordination der verschiedenen existierenden Stellen nach wie vor für zielführender als die Schaffung einer weiteren Stelle auf Bundesebene. Die ständerätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur stimmt der Motion jedoch zu.

Traktandiert im Ständerat (12.03.2020)



Motion WBK-SR

19.3953

Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz

Der Bundesrat wird beauftragt, einen 5-jährigen Monitoring-Zyklus zur Prävention und Bekämpfung der Armut einzurichten. Das gesamtschweizerische Monitoring soll auf bestehende nationale und kantonale statistisch relevante Datenquellen beruhen und eine Auswertung von Armutsindikatoren beinhalten. Die Ergebnisse des Monitorings sollen der Bundesversammlung in Form eines alle 5 Jahre erstellten Berichts zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung, der Ständerat hat der Motion jedoch bereits zugestimmt.

Traktandiert im Nationalrat (16.03.2020)

Motion Barrile Angelo

19.4290

Medizinische Leistungen für alle Kinder!

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 64a des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) so anzupassen, dass für Kinder und minderjährige Personen der Zugang zu medizinischen Leistungen gewährleistet bleibt, auch wenn ihre Eltern der Zahlungspflicht der Krankenkassenprämien nicht nachkommen.

Der Bundesrat empfiehlt die Annahme dieser Motion.

Traktandiert im Nationalrat (16.03.2020)

Motion Müller Damian

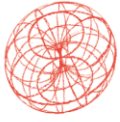
19.4404

Assistenzhunde auch für kranke Kinder und Jugendliche

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Entwurf zu unterbreiten, der die Grundlage schafft, dass die Invalidenversicherung (IV) auch für kranke Kinder und Jugendliche Assistenzhunde wie beispielsweise Epilepsie-Begleithunde bezahlt. Der Anspruch auf einen Assistenzhund ist heute beschränkt auf körperbehinderte Erwachsene, die eine Entschädigung für eine Hilflosigkeit mittleren oder schweren Grades beziehen und zu Hause wohnen. Assistenzhunde werden durch die Invalidenversicherung (IV) teilfinanziert. Der Pauschalbeitrag von 15 500 Franken entspricht rund 50 Prozent der Kosten eines Assistenzhundes während 8 Jahren.

Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.

Traktandiert im Ständerat (10.03.2020)



Postulat Feri Yvonne

18.3121

Notwendige Kindesschutzmassnahmen bei Ausländerinnen und Ausländern

Der Bundesrat wird beauftragt, zu der kantonalen Praxis von Kindesschutzmassnahmen und dem Widerruf von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen gemäss dem Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) einen Bericht und wenn nötig Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten. Der Bericht soll vor allem die folgenden Bereiche untersuchen:

1. wie die Widerrufspraxis von Bewilligungen im Zusammenhang mit sozialhilfeauslösenden Kindesschutzmassnahmen gemäss den Artikeln 62f. AuG in den Kantonen ausgestaltet ist;
2. wie viele Kinder von angedrohten oder vollzogenen Bewilligungsentzügen in diesem Zusammenhang betroffen sind;
3. mit welchen Massnahmen sichergestellt werden kann, dass auch im Rahmen von Verfügungen gemäss den Artikeln 62f. AuG aufgrund von Sozialhilfebezug stets das Wohl des Kindes vorrangig berücksichtigt wird.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats.

Traktandiert im Nationalrat (05.03.2020)

Postulat Fehlmann Rielle Laurence

19.3554

Werbung und Adipositas. Wie effizient sind die Selbstregulierungsmassnahmen?

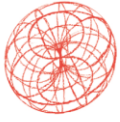
Der Bundesrat wird beauftragt, die Wirksamkeit der im Rahmen von Swiss Pledge getroffenen Massnahmen zu ermitteln und gegebenenfalls zusätzliche Massnahmen zu ergreifen, damit Kinder und Jugendliche weniger Werbung für Lebensmittel mit zu hohem Zuckerzusatz und Fettgehalt ausgesetzt werden.

Die Selbstregulierungsmassnahmen der Initiative Swiss Pledge weist noch folgende Mängel auf:

1. Die Nährwertkriterien für die Lebensmittel, die beworben werden dürfen, sind immer noch ineffizient. Unabhängige Fachleute sollten deshalb präzise Kriterien ausarbeiten.
2. Die Zeitfenster, während denen einige Marken auf Werbung verzichten, decken sich nicht mit den Zeiten, in denen die Präsenz von Kindern stark ausgeprägt ist.
3. Die Auswirkungen von Swiss Pledge auf die von Kindern konsultierten Medien sollten jedes Jahr von unabhängigen Fachleuten überwacht werden.
4. Auch andere von Kindern und Jugendlichen genutzte Medien, unter anderem die elektronischen Medien, sollten auf die Einhaltung der Pflicht überwacht werden.
5. Falls durch die Selbstregulierung von Swiss Pledge weiterhin zu wenig Lebensmittelwerbung gedeckt wird, sollte der Staat andere Massnahmen entwickeln, um die Empfehlungen der WHO umzusetzen.

Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats.

Traktandiert im Nationalrat (16.03.2020)



Postulat Hegglin Peter

19.4559

Koordination der Förderinstrumente des Bundes in der Kinder- und Jugendförderung

Der Postulant verweist auf die zunehmende Nachfrage nach finanziellen Mitteln für die Kinder- und Jugendförderung. Das Parlament hat kürzlich einer erheblichen Erhöhung des Kredits A231.0246 (Ausserschulische Kinder- und Jugendförderung) zugestimmt. Verschiedene Organisationen sind sowohl in der ausserschulischen Kinder- und Jugendförderung wie auch in anderen vom Bund unterstützten Förderbereichen wie beispielsweise der Sport- oder der Kulturförderung aktiv. Der Postulant fordert den Bundesrat auf, aufzuzeigen, inwiefern die betroffenen Fördersysteme koordiniert, welche Entwicklungen in diesen zu erwarten sind und welche Folgen sich daraus für die künftige Ausgestaltung und das Zusammenspiel der Förderinstrumente ergeben.

Traktandiert im Ständerat (10.03.2020)

Standesinitiative Kanton Genf

18.321

Stopp der Administrativhaft für Kinder!

Der Grosse Rat des Kantons Genf fordert die Bundesversammlung auf, das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG; SR 142.20) dahingehend zu ändern, dass die Administrativhaft für Minderjährige in der Schweiz verboten ist.

Die Staatspolitische Kommission des Ständerates spricht sich dagegen aus, die Administrativhaft für minderjährige Migrantinnen und Migranten zu verbieten, wie dies eine Standesinitiative des Kantons Genf fordert. Vielmehr sollen die Kantone angehalten werden, die Administrativhaft nur als letztes Mittel und stets verhältnismässig anzuwenden. Auch die nationalrätliche Staatspolitische Kommission spricht sich mit 14 zu 8 Stimmen gegen die Standesinitiative aus.

Traktandiert im Nationalrat (20.03.2020)